

MARTIN HÄUSLING

Grüner, gerechter, gesünder:

Für eine neue Haltung in Europas
Agrar- und Verbraucherschutzpolitik!





Martin Häusling

geb. 26.3.1961 in Bad Wildungen,
zwei Kinder

Martin Häusling ist gelernter Agrartechniker und bewirtschaftet seinen Betrieb, den Kellerwaldhof, seit 1988 nach Bioland-Richtlinien. Seit 1995 läuft auf dem Hof eine gülle-basierte Biogasanlage, seit 1999 wird eigener Käse hergestellt.

Von 2003 - 2009 Mitglied des Hessischen Landtages, fachpolitischer Sprecher für Landwirtschaft, Europa, Verbraucherschutz sowie ländliche Räume und Gentechnik. Mit der Europawahl vom 7. Juni 2009 wurde Martin Häusling in das Europaparlament gewählt. Dort ist er Agrarpolitischer Sprecher der Fraktion der GRÜNEN/EFA

Liebe Leserinnen und Leser,

„Wir haben es satt“, unter diesem Motto machen seit 2011 jährlich zehntausende Menschen in Demonstrationen ihrem Unmut Luft. Und Sie? Was haben Sie satt? Die geplante Mega-Mastanlage um die Ecke, die fehlende Vielfalt auf unseren Feldern oder schon heute den nächsten Lebensmittelskandal? Es gibt viele gute Gründe und wenig Zweifel am Reformbedarf unserer Agrar- und Verbraucherschutzpolitik.

Als Biobauer setze ich mich seit 2009 im Europaparlament dafür ein, dass in Europa Klasse statt Masse gefördert, Gelder fairer und an Umweltleistungen gebunden verteilt sowie Regeln einfacher, demokratischer, aber auch wirkungsvoller gestaltet werden.

Es geht um Ihr gutes Recht. Mischen Sie sich ein. Kommen Sie mit mir ins Gespräch über Ihre Vorstellung von einer Politik, die Sie wollen und nicht satt haben.

Herzlichst

Martin Häusling





Europa bis vor die Tür bringen

Im Europaparlament finden nahezu jede Woche Sitzungen statt. Die wichtigste Arbeit eines EU-Abgeordneten erfolgt in den Ausschüssen. Für die GRÜNEN sitze ich unter anderem im Agrarausschuss. Hier werden neue Gesetzes- oder Reformvorschläge der Kommission beraten und zur Abstimmung im Plenum vorbereitet. Auch wenn über europäische Politik in Brüssel, Straßburg oder Luxemburg abgestimmt wird: Gestaltet und eingefordert wird sie vor Ort, in allen 28 Mitgliedstaaten und von allen, die bereit sind sich einzumischen.

Als Bauer aus Nordhessen weiß ich, wie wichtig es ist, dass europäische Politik auf deutscher Ebene und in den Regionen verstanden wird und ankommt. Daher halte ich gute Kontakte zur Politik in Berlin und in den Bundesländern. Am Wochenende und in der sitzungsfreien Zeit bin ich in Hessen und bundesweit unterwegs, um mit Bürgern vor Ort über Themen ins Gespräch zu kommen, die ich politisch vertrete und mitgestalte. Besonders wichtig ist mir, dem Vorurteil einer fernen, von Bürokraten gemachten Politik mit Wissen über und Begeisterung für Europa zu begegnen.



Für eine langfristig nachhaltige Landwirtschaft in ganz Europa

Kein Politikbereich ist so stark europäisch geregelt wie die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik (GAP). Seit dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages 2009 gestaltet das Europäische Parlament aktiv und gleichberechtigt die Rahmenbedingungen für die Agrarpolitik mit. Besonders dem unermüdlischen Einsatz von GRÜNEN Stimmen im Parlament und vielen NGOs, auch auf der Straße, ist es zu verdanken, dass Landwirtschaft ab 2014 nicht mehr nur auf Megaproduktion ausgelegt ist, sondern auch ein bisschen ökologischer und fairer wird.

Ein bisschen!

Von einer langfristig nachhaltigen Landwirtschaft sind wir noch weit entfernt!



Der Ökolandbau kann's

Der ökologische Landbau bringt zwar durchschnittlich 20% geringere Erträge im mitteleuropäischen Klima als der konventionelle, doch er rechnet sich gesellschaftlich: Hohe Folgekosten beim Boden- und Gewässerschutz, im Klimaschutz, in der Tiergesundheit und im Gesundheitssystem werden eingespart. Der Ökolandbau ist in den innertropischen Gebieten der konventionellen Variante an Nährwertertrag pro Fläche sogar deutlich überlegen. Dort erreicht der Ökolandbau bis zu 120% des konventionellen Ertrages.

Ich setze mich auf EU-Ebene engagiert dafür ein, den Ökolandbau als Leitbild zu fördern und gut aufzustellen, mit Regelungen, die dieser besonderen Bewirtschaftungsform gerecht werden!



„Wir wollen die Europäische Agrarpolitik grüner, gerechter und gesünder gestalten.“



Ohne Bienen keine Landwirtschaft!

Bienen sind nach Kühen und Schweinen das dritt-wichtigste Nutztier der Land-wirtschaft. Sie zu schützen, ist geradezu überlebens-wichtig. Der ökonomische Gesamtwert allein für die Bestäubungsleistungen durch Honigbienen wird für Europa auf 15 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt. Bie-nengefährdende Spritzmittel müssen daher so schnell wie möglich EU-weit aus dem Verkehr gezogen wer-den. Darüber hinaus müs-sen wir dafür sorgen, dass Bienen genug Nahrung fin-den. Dafür müssen wir wie-der mehr Blühflächen in die Landschaft bringen.



Aufrüstung auf dem Acker? Ohne uns!

Das System Gentechnik, obwohl als „High-Technology“, als zielsicher und kontrollierbar gehandelt und immer wieder als zur Rettung der Menschheit besonders geeignet ange-priesen, ist im Grunde eine grobe Fehlein-schätzung. Hätte eine Maschinentechologie ähnliche Risiken und Folgen, so würde sich wohl kaum jemand in ein Flugzeug oder einen Zug setzen. Die steigende Vergiftung von Äckern und Gewässern aufgrund des verstärkten Pestizideinsatzes, der dem Ein-satz von Gen-Pflanzen zwingend folgt sowie zunehmenden Resistenzen bei Schädlingen, zeigen einen aussichtslosen Kampf auf dem Acker! Ökologische, ökonomische und sozia-le Folgen für Mensch und Natur werden dabei den Gesellschaften und staatlichen Systemen aufgebürdet. Das wollen wir nicht, und was immer ich tun kann, um das System Agrar-Gentechnik zu verhindern, werde ich tun!

Keine Industrielandwirtschaft und keine Chlorhühnchen in Europa

Bei allem Verständnis für den Abbau bürokratischer Hürden und dem Wunsch, den Handel über den Atlantik hinweg zu erleichtern, sehe ich bei einem Freihandelsabkommen mit den USA für den Bereich von Lebensmitteln, Verbraucherschutz und Landwirtschaft weit mehr Nach- als Vorteile auf Europa zukommen. Mit den USA und der EU stehen sich zwei völlig verschiedene landwirtschaftliche Modelle gegenüber, die nicht miteinander gekoppelt werden können. Dort die hoch industrialisierte Landwirtschaft auf riesigen Flächen, hier die immer noch kleinteilige, oft bäuerlich strukturierte Landwirtschaft. Zudem entsprechen unsere europäischen Vorstellungen von einem vorsorgenden Verbraucherschutz nicht der Praxis in den USA. Der europäische Verbraucher möchte keine mit Chlor behandelte Hühnchen, keine mit Hormoneinsatz produzierte Steaks und keine Gentechnik auf dem Teller. All das aber droht, wenn die USA sich durchsetzen und die EU keine ebenso entschiedene Haltung dagegen stellt. Ich setze mich daher dafür ein, den Agrarbereich aus den Verhandlungen herauszunehmen. So können Europas Verbraucher und Landwirtschaft besser geschützt werden.



Kein patentiertes Leben

Das Patentieren von Pflanzen und Tieren ist eine in den USA übliche Praxis. In Europa ist es eigentlich verboten. Das europäische Patentamt legt die komplizierten Regelungen allerdings oft industriefreundlich aus, so dass es wiederholt zur Patentierung von z.B. Brokkoli oder Schweinen kommt. Ich habe im Europaparlament 2012 eine Initiative gestartet und die große Mehrheit meiner Kollegen davon überzeugt, sich in einer Resolution des gesamten Parlamentes gegen die industriefreundliche Praxis des Patentamtes und gegen jegliche Patentierung von Pflanzen und Lebewesen auszusprechen.



Ernährung ist eine Frage der Haltung

In Europa und vor allem in Deutschland haben die Fleischskandale der letzten 2 Jahre das Vertrauen der Menschen in die aktuelle Tierhaltungspraxis erschüttert. Dioxin im Futtermittel oder Medikamentencocktails mit bis zu 8 verschiedenen Antibiotika sowie antibiotikaresistente Bakterien im Hähnchenfleisch setzen die Verbraucher erheblichen Gefahren aus. Das hat jetzt schon massive Auswirkungen auf die Kosten im Gesundheitssystem. In der EU betragen diese Kosten jährlich 1,5 Milliarden Euro. In Deutschland werden mehr als doppelt so viele Antibiotika in der Tierhaltung eingesetzt als Patienten verschrieben. Nur, weil eine auf kurzfristigen Gewinn ausgelegte Landwirtschaft und eine von Discountern auf Billigpreise trainierte Verbraucherschaft nicht einsehen will, dass man Tiere in Massen nur medikamentiert bis zum Schlachtag bringen kann, weil sie sonst bis dahin nicht überleben.

Das Europäische Parlament hat im Oktober 2011 eine Entschließung verabschiedet, die ein Ende des prophylaktischen Einsatzes von Antibiotika in der Tierhaltung fordert und ein Jahr später einen Bericht zur steigenden Gefährdung der Humangesundheit durch den landwirtschaftlichen Antibiotikaeinsatz. Ich habe zu diesem Bericht die Stellungnahme des Agrarausschusses verfasst. Das Parlament ist im Endbericht mehrheitlich meinem Vorschlag gefolgt, nachhaltige, tiergerechte Haltungssysteme zu fördern.

Ich setze mich auf EU-Ebene und darüber hinaus für eine Neudefinition europaweiter, eindeutiger und umfassender Standards einer tiergerechten Haltung ein. EU-Subventionen müssen zukünftig an deren Einhaltung gebunden werden.

Darüber hinaus brauchen wir eine Kennzeichnung, die den Verbraucher klar erkennen lässt, woher ein Lebensmittel kommt und wie es produziert wurde. Dazu gehört auch die Art der Tierhaltung.



Was rechnet sich langfristig für

Tiere, Verbraucher, Bauern und Umwelt?



Wir können die Welt nicht mit Schnitzeln ernähren

Unsere aktuellen konventionellen Tierhaltungssysteme sind nicht nur, was die Auswirkungen auf die Tiere angeht, fragwürdig. Sie sind auch im Hinblick auf die Welternährung höchst kontraproduktiv. Die Produktion von Hühner- und Schweinefleisch mit Unmengen importierten Sojas kommt einer Kalorienvernichtung gleich. Würden in Paraguay, Brasilien und Argentinien auf den Sojaflächen Nahrungsmittel angebaut, könnten damit 3-8 Mal so viele Menschen ernährt werden, wie mit dem bei uns mit Importsoja produzierten Fleisch.

Ich habe mir auf zwei Südamerikareisen die Auswirkungen vor Ort in Argentinien und Paraguay angesehen und war ehrlich geschockt beim Anblick der riesigen, sich über ganze Regionen hinziehenden, intensiv gespritzten GEN-Sojafelder.

Allein in Argentinien werden im Sojaanbau pro Jahr 200 Mio Liter Roundup, mit dem umwelttoxischen Wirkstoff Glyphosat, eingesetzt. Bei den Landarbeitern dort gibt es häufig Erblindungen und Fehlgeburten. Widerstand wächst zaghaft, aber er wächst.

Gefreut hat mich, dass es mehrere Bewegungen gibt, die auf den nachhaltigen Nahrungsmittelanbau für den Bedarf vor Ort und auf regionale Märkte setzen.





Nicht auf Kosten anderer leben

Gerade die Europäische Union als weltweit größte Akteurin im Agrarhandel trägt eine besondere Verantwortung für die Welternährung. Im Vertrag von Lissabon hat sich die EU zur Bekämpfung von Armut in Entwicklungsländern verpflichtet.

Gemäß Artikel 208 müssen politische Ziele, Inhalte und Programme auf EU-Ebene zur Unterstützung der Bedürfnisse von Entwicklungsländern beitragen oder dürfen zumindest nicht dem Ziel der Armutsbekämpfung widersprechen. Dies hat das Europäische Parlament mit einer EntschlieÙung 2011 nochmals bekräftigt.

Gerade die EU-Richtlinien für Erneuerbare Energien und die EU-Rohstoff-Initiative dürfen nicht weiter dazu beitragen, dass weltweit schon heute viel zu viel Biomasse für den Tank produziert wird. Diese Art der Nutzung ist nicht nachhaltig und verstärkt weltweit den enormen Druck auf die Böden, die schon aufgrund unseres Fleischkonsums überstrapaziert sind. Es darf nicht sein, dass unsere dieseldurstigen Autos in Flächen-Konkurrenz stehen zu Menschen, die hungern. Wenn wir unsere Mobilität nachhaltig gestalten wollen, funktioniert das nicht, indem wir einfach auf Kosten der Nahrungsmittelproduktion den Treibstoff austauschen.

Ich setze mich dafür ein, dass die EU bei der europäischen Agrarpolitik und bei der Unterstützung von weniger entwickelten Ländern zur Sicherung der Welternährung auf eine echte „Grüne Revolution“ setzt. Unterstützung und Förderung müssen auf qualitative und umweltfreundliche Produktionsformen zugeschnitten werden, die lokale Märkte entwickeln helfen und die Wertschöpfung in den Regionen steigern.



Ländliche Räume mit Mehr-Wert schaffen

Die Bedeutung des ländlichen Raums wird stets unterschätzt. Doch gerade die Gebiete abseits der Städte bilden das Rückgrat unserer Wirtschaft. Dort werden 60 Prozent unserer Wirtschaftsleistung generiert, wofür vor allem kleine und mittlere Betriebe stehen. Weil die Menschen auf dem Land immer älter werden und junge Leute oft in die Städte ziehen, wird seit Jahren in Europa, in Bund, Ländern und Kommunen darüber diskutiert, wie wir unsere ländlichen Räume zukunftsfähig erhalten und gestalten können.

Die Agrarpolitik hat nach wie vor maßgeblichen Einfluss auf die Veränderung und Wertschöpfung im Land. Doch wohin steuert diese Politik? Wird die Steigerung der regionalen Wertschöpfung im Vordergrund stehen oder werden agrarindustrielle Interessen dominieren?

Mit der Erklärung „Ländliche Lebensräume mit Mehr-Wert schaffen!“ habe ich zusammen mit zahlreichen Unterzeichnern aus Wissenschaft, Verbänden und Politik den Bund und die Länder aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die Menschen auf dem Land weiterhin in funktionierenden Gemeinschaften leben und arbeiten können. Die zunehmende Industrialisierung der Landwirtschaft muss gestoppt und lebenswerte ländliche Räume müssen gefördert werden. Daher muss die Förderung noch gezielter diejenigen unterstützen, die umwelt- und tiergerecht wirtschaften und für Arbeitsplätze sorgen.



Zum Weiterlesen...

Seit 2010 gebe ich regelmäßig Studien zu bestimmten aktuellen Themen in den Bereichen Lebensmittelqualität, Märkte, Landwirtschaft und Welternährung heraus. Die siebte Studie zu nachhaltiger Landwirtschaft wurde kürzlich veröffentlicht, eine weitere ist in Arbeit.

Sie können diese Studien von meiner Homepage herunterladen:

www.martin-haeusling.eu

oder sie im Regionalbüro in Wiesbaden (Kontakt: letzte Seite) in gedruckter Form bestellen.



Antibiotika



Gentec in USA



Klonstudie



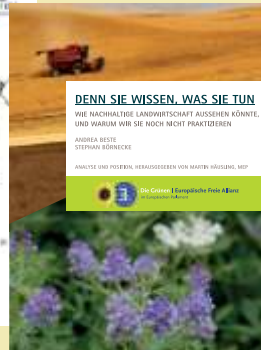
Sojawahn



Landgrabbing



Milchstudie



nachhaltige Landwirtschaft

Büro im Europäischen Parlament

Corinna Hartmann & Birgit Walter
Europäisches Parlament ASP 08 H 255
Rue Wiertz 60, B-1047 Brüssel
Tel. +32 2 28-4 58 20 Fax -4 98 20
martin.haeusling@ep.europa.eu

Büro im Deutschen Bundestag

Ilka Dege
Deutscher Bundestag
Unter den Linden 50, 11011 Berlin
Tel. 0 30 2 27-7 00 20 Fax -7 65 61
berlin@martin-haeusling.eu

Europabüro Hessen

Ina Möllenhoff
Kaiser-Friedrich-Ring 77
65185 Wiesbaden
Tel. 06 11 9 89 20-30 Fax -33
info@martin-haeusling.de

Homepage: www.martin-haeusling.eu

Twitter: [MartinHaeusling](https://twitter.com/MartinHaeusling)

Impressum

ViSdP Martin Häusling
Gestaltung: archicom



Agrarpolitik
anders anpacken!

The image shows Martin Häusling, a man with grey hair wearing a dark jacket, speaking at a podium. The podium has a green sign that reads 'AUFTRAG: GRÜN' and a black sign below it that reads 'Martin Häusling, MdEP'. The background is a green wall with yellow sun-like logos and the word 'GRUENE' partially visible.

AUFTRAG: GRÜN

Martin Häusling, MdEP